



Anfragen: Herbstsession 2022

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)			
3	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)	Wie wird der kantonale Anteil am Neubau fürs Kunstmuseum Bern finanziert?	4
Sicherheitsdirektion (SID)			
1	Rai (Bern, AL)	Fragen zur Polizei- und Militärübung «Fides» vom 15. bis 19. August 2022	5
12	Leuenberger (Uettiligen, EVP)	Stromlücke: Stromversorgung von lebensnotwendigen Geräten in Privathaushalten	6
21	Gerber (Hinterkappelen, Grüne)	Festnahme von Mitgliedern des Protest-Kollektivs Pussy Riot	7
22	Rai (Bern, AL)	Fragen zu den Gummischrotgeschossen der Firma Saltech	8
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
2	Buri (Konolfingen, GLP) (Sprecher/in) Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Sicherer Veloverkehr auf der Kantonsstrasse zwischen Konolfingen und Grosshöchstetten	9
9	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Folgen des Konkurses der Bio Schwand AG für den Kanton Bern	10
14	Jeanneret (St. Immer, FDP)	Tempo 30 auf der Kantonsstrasse in St. Immer – Zukunftsperspektiven?	11
16	Heyer (Perrefitte, FDP)	Öffentliche Beleuchtung entlang der Kantonsstrassen	12
25	Vanoni (Zollikofen, Grüne)	Aktualisierung des Gesamtverkehrsmodells des Kantons Bern	13
Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)			
15	Brönnimann (Mittelhäusern, GLP)	Offenlegung und Durchsetzung der strategischen Ziele für die BKW durch den Regierungsrat	14
18	de Meuron (Thun, Grüne) (Sprecher/in) Kohler (Meiringen, Grüne)	Anpassung der Richtlinien erneuerbare Energien des AUE	15
19	Vanoni (Zollikofen, Grüne)	Erneuerung von Trockenmauern im Rahmen von Strukturverbesserungen fördern	16

24	Zbinden (Mittelhäusern, SVP) (Sprecher/in)	Härtefall-Programm 2022	17
	Schüpbach (Huttwil, SVP)		
26	Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Unterstützung der Bergbahnen für nachweisliche Aufwände infolge COVID	18
28	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)	Energiespeicherung mit Betonblöcken	19

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)

6	von Bergen (Uetendorf, EVP)	Stand der Dinge und Prozedere Revision SHG (Sozialhilfegesetz)	20
7	Streiff (Oberwangen, EVP)	Begleitung vs. Erziehung. Fragen zur Einordnung der Berufsbezeichnung Miterzieherin	21
8	Josi (Wimmis, SVP) (Sprecher/in)	Auftragsvergabe Temporäre Unterkunft Viererfeld (TUV)	22
	Stucki (Stettlen, GLP)		
10	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wie kam es zur Wahl einer ungeeigneten Lokalität als Asylunterkunft in Steffisburg?	23
11	Soder (Biel, Grüne)	Einbezug beim Ausarbeiten des kantonalen Integrationsprogramms (KIP3)	24
20	Köpfl (Wohlen b. Bern, GLP)	Verkauf der Axsana an die Post: Was heisst das für die Anschubfinanzierung und das Darlehen des Kantons?	25
23	Zbinden (Mittelhäusern, SVP) (Sprecher/in)	Wer hat das Viererfeld als temporäre Flüchtlingsunterkunft vorgeschlagen?	26
	Knutti (Weissenburg, SVP)		
29	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)	Eine Quelle für Humus	27
31	Dunning (Biel, SP)	Was unternimmt der Kanton gegen die Teuerung?	28

Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)

30	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne) (Sprecher/in)	Die vom Volk genehmigten Windparks im Berner Jura könnten eigentlich gebaut werden!	29
	Klopfenstein (Corgémont, SVP)		
	Bühler (Cortébert, SVP)		

Finanzdirektion (FIN)

4	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) (Sprecher/in)	Elektronische Zustellung von Lohnabrechnungen für das Kantonspersonal	30
	Ritter (Burgdorf, GLP)		
5	Reinhard (Thun, FDP)	Was bringen Patentbox und F+E-Überabzug konkret	31
13	Schneider (Biel, SVP)	Steuerhölle Bern – Wie lange noch?	32
17	Heyer (Perrefitte, FDP)	Steuerverwaltung – Bearbeitung frankophoner Dossiers und Kaderstelle	33

27	Zbinden (Mittelhäusern, SVP) (Sprecher/in)	Umsetzung Änderung der Funktionsbezeichnungen für Personal im Kanton Bern	34
	Brönnimann (Mittelhäusern, GLP)		
	Aebischer (Guggisberg, SVP)		

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 30.08.2022

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)

Beantwortung: BKD

Wie wird der kantonale Anteil am Neubau fürs Kunstmuseum Bern finanziert?

Im Juli 2021 wurde bekannt, dass die Realisierung eines Ersatzneubaus für das Kunstmuseum Bern an der Hodlerstrasse angestrebt wird. Die Kosten für den Neubau werden auf 80 Millionen Franken veranschlagt, wovon der Kanton Bern die Hälfte berappen soll. Der Neubau ist ein Bauprojekt der Stiftung Kunstmuseum Bern, nicht eine kantonale Investition. Die vom Kanton beizusteuernenden Mittel werden daher direkt der Erfolgsrechnung belastet.

In seiner Antwort auf Anfrage Nr. 6 aus der Wintersession 2021¹ deutet der Regierungsrat an, dass noch nicht klar ist, wie der kantonale Anteil an der Realisierung des Neubaus finanziert werden soll. Die Realisierung belaste die kantonale Erfolgsrechnung ab 2026. Daher müsse die Finanzierung im Rahmen der Erarbeitung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2024–2026 geklärt werden.

Da der AFP 2024–2026 inzwischen erarbeitet ist, wird der Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie und in welchen Jahren plant der Regierungsrat, den kantonalen Anteil am Neubau fürs Kunstmuseum Bern zu finanzieren?
2. In welchem Verhältnis steht der kantonale Anteil am Neubau fürs Kunstmuseum Bern zu den Investitionspriorisierungsprogrammen (Hochbau und Tiefbau) des Kantons Bern?
3. Priorisiert der Regierungsrat kantonale Beiträge an Bauprojekte Dritter?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

¹ Siehe <https://www.rqr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/b9892f348f644bb2a83dcd5047db02da-332/14/Beilage-Anfragenantworten-08.12.2021-de.pdf>, S. 11/12 (Anfrage «Wie wird der kantonale Anteil am Neubau fürs Kunstmuseum Bern finanziert?»).

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 13.06.2022

Eingereicht von: Rai (Bern, AL)

Beantwortung: SID

Fragen zur Polizei- und Militärübung «Fides» vom 15. bis 19. August 2022

Mitte August plant die Sicherheitsdirektion des Kantons Bern einen grossen Übungseinsatz der Kantonspolizei mit Teilen der schweizerischen Armee («Territorialdivision 1»²):

«In der Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) wurde überprüft, wie die Schweiz eine länger andauernde Terrorbedrohung bewältigen kann. Nun sollen die Erkenntnisse durch die praktische Verbundsübung «Fides 22» («Vertrauen») der Polizei mit der Armee in der Bundesstadt und Umgebung weiter vertieft werden.»

Diese Information geht aus einer Medienmitteilung der Sicherheitsdirektion vom 22. Februar 2022 hervor.³

«Das konkrete Übungsszenario legt die Sicherheitsdirektion in den nächsten Wochen gemeinsam mit der Polizei und der Armee fest», steht ebenda. Details zu dieser Grossübung liegen der Öffentlichkeit und der Bevölkerung jedoch bis heute nicht vor.

Die «Fides»-Übung wird von der Sicherheitsdirektion mit früheren ähnlichen Übungsgrosseinsätzen, wie zum Beispiel die «Conex 15» in Basel im Jahre 2015, verglichen. Dabei kam es zu Einschränkungen für die Zivilbevölkerung im Grossraum Basel; die mangelhafte Kommunikation der Armee und der Behörden wurde beklagt und der theoretische Hintergrund des Szenarios kritisiert. Zwischen Polizei, Armee und Zivilgesellschaft kam es zu Kontroversen und Auseinandersetzungen.⁴

Weiter schreibt die Sicherheitsdirektion: *«In Frankreich, Belgien, Italien, Dänemark etc. sind Soldaten in den Strassen kein ungewohntes Bild. Selbst in Deutschland, wo es historisch bedingt lange Zeit Vorbehalte gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern des Landes gab, steht die Bundeswehr im Corona-Einsatz.»*

Auch damit rechtfertigt die Direktion den Übungseinsatz der Kantonspolizei mit dem schweizerischen Militär.

«Es ist vorgesehen, dass die Armee vor die Aufgabe gestellt wird, wichtige und für das Funktionieren des öffentlichen Lebens kritische Infrastrukturen zu schützen. Deren Bewachung oder Überwachung soll konkret und detailliert vor Ort geplant und teilweise im Massstab 1:1 praktisch umgesetzt werden.» «Denkbar ist auch der Schutz wichtiger Transporte.» (Aus der Medienmitteilung vom 22.2.22)

Fragen:

1. Mit welchen Einschränkungen (Öffentlicher-Automobil- und Fussgänger*innenverkehr und Lärm- und Geräuschpegel usw.) muss die Bevölkerung bei der Polizei- und Militärübung «Fides» rechnen?
2. Betreffen diese Einschränkungen nur die genannte Datumsspanne oder beginnen Einschränkungen bereits im Vorfeld?
3. Mit welchem theoretischen Bedrohungsszenario rechnet die Sicherheitsdirektion bzw. das Kommando des Einsatzes?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

² <https://www.vtg.admin.ch/de/organisation/kdo-op/ter-div-1.html>

³ <https://www.be.ch/de/start/dienstleistungen/medien/medienmitteilungen.html?newsID=01d37b43-291e-4ba2-ac64-eba1fddf94b0>

⁴ <https://telebasel.ch/2015/09/15/conex-15-grossaufmarsch-der-armee/?channel=105100> und <https://www.woz.ch/-6189>

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Leuenberger (Uettligen, EVP)

Beantwortung: SID

Stromlücke: Stromversorgung von lebensnotwendigen Geräten in Privathaushalten

Im Winter droht eine Stromlücke. Der Bundesrat spricht u. a. gemäss Thuner Tagblatt vom 20. August 2022 darüber, ganzen Quartieren den Strom abzustellen. Julien Duc, Mediensprecher des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) spricht u. a. im Blick vom 20. Juli 2022 davon, Quartiere und ganze Dörfer über mehrere (vier bis acht) Stunden vom Stromnetz zu nehmen.

Fragen:

1. Wie wird garantiert, dass lebenswichtige medizinische Geräte (z. B. Atemgerät bei Schlafapnoe, Heimdialyse) und Hilfsmittel (z. B. Pflegebetten, (Treppen-)Lifte, Rollstühle mit Elektroantrieb) in Privathaushalten weiter betrieben werden können?
2. Wie sieht der Versorgungsplan aus, falls die Stromversorgung gemäss Frage 1 nicht garantiert werden kann?
3. Wie wird die Bevölkerung bezüglich dieser zwei Fragen informiert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Beantwortung: SID

Festnahme von Mitgliedern des Protest-Kollektivs Pussy Riot

Mitglieder des Protest-Kollektivs Pussy Riot wurden am 29. August nach einer Graffiti-Aktion von einer vorbeifahrenden Polizeipatrouille angehalten und festgenommen. Über das weitere Vorgehen auf dem Polizeiposten gibt es widersprüchliche Aussagen. Mindestens eine der Frauen habe sich ausziehen müssen, war zu vernehmen. Als klar wurde, um wen es sich handle, sei sofort ein anderer Ton angeschlagen worden.

Fragen:

1. Wendet die Berner Polizei bei einer Festnahme und der weiteren Untersuchung ein anderes Verfahren an, wenn es sich um Personen von öffentlichem Interesse handelt?
2. Müssen sich Personen, die in Haft genommen werden, immer ausziehen, oder wäre ein Abtasten nicht verhältnismässig gewesen?
3. Warum wurde das Graffiti am Folgetag in Wabern rasch entfernt, während andere Graffiti an derselben Wand ohne politische Aussage bestehen blieben?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Rai (Bern, AL)

Beantwortung: SID

Fragen zu den Gummischrotgeschossen der Firma Saltech

Seit einiger Zeit sind bei der Kantonspolizei kleinere Gummischrote der Firma Saltech im Einsatz. Diese sind zwar wesentlich kleiner, aber nur etwas leichter, haben also mutmasslich eine grössere Dichte und können auch mit dem B&T GL06-Werfer zum Einsatz kommen.

Fragen:

1. Welche Mindestdistanzen gelten für den Einsatz dieser Geschosse?
2. Wohin sind die Polizist*innen angehalten zu zielen (Zielpunkt dieser Munition)?
3. Welchen Einfluss haben Grösse und Dichte der Geschosse auf das Verletzungsrisiko?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 29.08.2022

Eingereicht von: Buri (Konolfingen, GLP) (Sprecher/in)
Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)

Beantwortung: BVD

Sicherer Veloverkehr auf der Kantonsstrasse zwischen Konolfingen und Grosshöchstetten

Mit den Korridorstudien der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wurde ein wichtiger Schritt getan, um den klimafreundlichen und gesundheitsfördernden Veloverkehr in der Region Bern-Mittelland zu stärken. Die Motion 002-2022 «Umsetzung der fünf Veloverkehr-Planungsstudien der RKBM», die auf eine möglichst rasche Umsetzung der Massnahmen für den Veloverkehr zielt, wurde vom Grossen Rat in der Sommer-session 2022 deutlich angenommen.

Die Kantonsstrasse zwischen Konolfingen und Grosshöchstetten ist Teil des von der Motion betroffenen Velohaupttroutenkorridors Münsingen–Konolfingen–Zäziwil/Grosshöchstetten–Biglen. Sie ist für den regionalen Alltagsverkehr bedeutsam und bildet eine «Brücke» für den Pendelverkehr zwischen der Region nördlich von Grosshöchstetten und den Regionen Kiesental und Aaretal. Die Strasse weist derzeit Sicherheits- und Attraktivitätsdefizite auf. Echte Alternativrouten sind leider keine vorhanden, weshalb eine Lösung auf der bestehenden Kantonsstrasse gefunden werden muss.

Im Juli 2022 wurde auf einem grossen Abschnitt der Kantonsstrasse in Konolfingen der Belag saniert. Leider wurden dabei keinerlei Massnahmen umgesetzt, um die Sicherheit für die Velofahrenden auf dieser stark befahrenen Strasse zu verbessern.

Fragen:

1. Welche Massnahmen für den Langsamverkehr sind in den kommenden fünf Jahren auf der Kantonsstrasse von Konolfingen nach Grosshöchstetten geplant? Wir bitten um eine kurze Erläuterung der Massnahmen.
2. Inwiefern tragen diese Massnahmen zu einer ausreichenden Steigerung der Verkehrssicherheit für Velofahrende auf dem Abschnitt bei?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, einfache Massnahmen aus den RKBM-Planungsstudien in bereits geplanten oder laufenden Strassenprojekten, wie z. B. Sanierungen oder Leitungsverlegungen, umzusetzen, um damit die Sicherheit mindestens auf Teilstücken der betroffenen Korridore schnell zu verbessern?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 04.09.2022

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: BVD

Folgen des Konkurses der Bio Schwand AG für den Kanton Bern

Ende Januar 2022 wurde der Konkurs über die Bio Schwand AG in Münsingen BE eröffnet. Dieser Schritt kam aber nicht aus heiterem Himmel. Bereits seit Jahren befand sich Bioschwand in finanziellen Schwierigkeiten. Zudem haben die Mieter schon vor dem Konkurs den Zins direkt an das Betreibungsamt überweisen müssen. Die Bioschwand AG hatte für einen Kaufpreis von 9,4 Millionen Franken 11 Gebäude im Kaufrecht erworben, dabei aber gemäss Medienberichten bis zum Konkurs erst 6,5 Millionen Franken bezahlt. Gleichzeitig ist der Kanton Bern auch der wichtigste Mieter und bezahlt pro Jahr rund 350 000 Franken für mehrere eingemietete Amtsstellen.

Fragen:

1. Warum hat man beim Verkauf 2012 noch rund 3 Millionen Franken Kapital zu Gunsten der Bio Schwand AG stehen lassen?
2. Wieso hat der Kanton noch 2017 einen Kredit im Umfang von 900 000 Franken bis 2022 verlängert, obschon zu dem Zeitpunkt bereits klar war, dass der Betrieb notleidend war?
3. Wie hoch wird der Verlust voraussichtlich sein, der dem Kanton Bern aus dem Konkurs der Bio Schwand AG erwächst?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Jeanneret (St. Immer, FDP)

Beantwortung: BVD

Tempo 30 auf der Kantonsstrasse in St. Immer – Zukunftsperspektiven?

Am 27. April 2021 starteten der Kanton Bern, die Stadtverwaltung von St. Immer und die Kantonspolizei eine Kampagne zur Lärmprävention und kündigten verschiedene Massnahmen an, darunter eine Geschwindigkeitsreduzierung (von Tempo 50 auf Tempo 30) auf den wichtigsten Zufahrtsstrassen nach St. Immer. Die Hauptstrasse zwischen der Place du 16 Mars und der Place du Marché war von diesen Änderungen nicht betroffen, da eine Volksabstimmung im Mai 2017 Tempo 50 befürwortet hatte. Es handelte sich um eine gewagte Partnerschaft, bei der die Bevölkerung zwei Jahre lang beide Höchstgeschwindigkeiten testen konnte, um zu entscheiden, welche sich am besten für die Durchquerung von St. Immer eignete.

Fragen:

1. Ist geplant, die Höchstgeschwindigkeit auf der Hauptverkehrsader von St. Immer zwischen der Place du 16 Mars und der Place du Marché zu überprüfen?
2. Wenn ja, wie steht das Tiefbauamt bzw. der Kanton zur Volksabstimmung vom 21. Mai 2017?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortung: BVD

Öffentliche Beleuchtung entlang der Kantonsstrassen

Seit einigen Monaten sprechen sowohl der Bund als auch der Kanton Bern zu Recht von Energieeinsparungen, möglichen Engpässen in diesem Winter und möglichen zukünftigen Einschränkungen beim Stromverbrauch. Die öffentliche Beleuchtung entlang der Kantonstrassen wirft seit vielen Jahren Fragen auf. Viele Gemeinden haben bereits Möglichkeiten geschaffen, die öffentliche Beleuchtung in der Nacht unter bestimmten Bedingungen und je nach Sicherheitslage zu reduzieren oder sogar ganz abzuschalten.

Frage:

- Was wird der Kanton Bern angesichts der für diesen Winter erwarteten Energiesituation in Bezug auf die öffentliche Beleuchtung entlang der Kantonsstrassen tun?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortung: BVD

Aktualisierung des Gesamtverkehrsmodells des Kantons Bern

Die Verkehrsprognosen im Kanton Bern mit dem Zeithorizont 2040 beruhen auf einem Gesamtverkehrsmodell aus dem Jahr 2010, das seither periodisch aktualisiert worden ist. Es liefert Grundlagen für die Planung von Verkehrsinfrastrukturen und Angeboten des öffentlichen Verkehrs, für regionale Planungen und für die Abschätzung der Wirkung von Massnahmen mit verkehrspolitischen Zielsetzungen. Seit der letzten Aktualisierung haben sich Rahmenbedingungen, Anforderungen und Verhaltensweisen von Verkehrsteilnehmenden geändert. Eine grundlegende Überarbeitung und Aktualisierung des «Gesamtverkehrsmodells 2016» dürfte deshalb angezeigt und möglicherweise bereits in Arbeit sein.

Fragen:

1. Bis wann wird ein aktualisiertes Gesamtverkehrsmodell für den Kanton Bern vorliegen und für neue Verkehrsprognosen mit Zieljahr 2050 angewendet werden können?
2. Mit welchen Zielgrössen und Eckpunkten wird sichergestellt, dass das neue Modell den veränderten Rahmenbedingungen, Anforderungen (z. B. des Klimaschutz-Artikels in der Kantonsverfassung), Verhaltensänderungen (z. B. vermehrtes Arbeiten im Home-Office, häufigeres Pendeln mit E-Bikes) und übergeordneten Entwicklungen Rechnung trägt?
3. Wer ist verantwortlich für die Erarbeitung des aktualisierten Verkehrsmodells unter Einbezug der interessierten Kreise ausserhalb der Kantonsverwaltung und mit transparenter Information der Öffentlichkeit?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, GLP)

Beantwortung: WEU

Offenlegung und Durchsetzung der strategischen Ziele für die BKW durch den Regierungsrat

In der Sommersession 2021 wurde beim Geschäft zum Bericht des Regierungsrates zu den «Perspektiven der Beteiligung an der BKW AG» eine Planungserklärung Alberucci (glp), Streit (EVP), Flück (FDP), Graf (SP-JUSO-PSA), Rüegegger (SVP) und Kohler (Grüne) mit 108 zu 33 Stimmen überwiesen. Diese fordert, dass der Regierungsrat die strategischen Ziele für die BKW AG mindestens alle vier Jahre festlegt und im Rahmen der kantonalen Mehrheitsbeteiligung und unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben sicherstellt, dass diese befolgt werden. Zudem soll der Regierungsrat einmal pro Legislatur dazu Bericht erstatten. Gemäss Berichterstattung des Regierungsrats zu den parlamentarischen Vorstössen 2021 vom 12. Januar 2022 prüft der Regierungsrat die Umsetzung der Planungserklärung.

Fragen:

1. Gedenkt der Regierungsrat zu den strategischen Zielen für die BKW AG dem Grossen Rat Bericht zu erstatten?
2. Falls ja, wann wird dies erstmals erfolgen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: de Meuron (Thun, Grüne) (Sprecher/in)
Kohler (Meiringen, Grüne)

Beantwortung: WEU

Anpassung der Richtlinien erneuerbare Energien des AUE

Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) und der Raumplanungsverordnung (RPV) können Solaranlagen heute unter Anwendung eines vereinfachten Melde- statt eines Baubewilligungsverfahrens errichtet werden. Bei der Anwendung der gesetzlichen Vorgaben aus RPG und RPV gibt es weiterhin sehr viel Interpretationsspielraum für die Baubehörden. So können Kantone das Meldeverfahren z. B. auf Fassadenanlagen oder aufgeständerte Solaranlagen ausweiten oder die Meldepflicht einschränken. Gemäss den Richtlinien erneuerbare Energien des AUE aus dem Jahr 2015 sind Solaranlagen an Fassaden und Fassadenelementen immer baubewilligungspflichtig.

Fragen:

1. Bis wann werden diese Richtlinien an den aktuellen Stand der nationalen Gesetzgebung angepasst?
2. Ist davon auszugehen, dass Fassadenanlagen im Kanton Bern weiterhin baubewilligungspflichtig bleiben oder dass sie meldepflichtig werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortung: WEU

Erneuerung von Trockenmauern im Rahmen von Strukturverbesserungen fördern

Der Grosse Rat hat in der Sommersession 2022 im Einvernehmen mit dem Regierungsrat einer Motion zugestimmt, die eine stärkere finanzielle Unterstützung für die Erneuerung von Schindeldächern fordert (Motion 262-2021). Zur Begründung wurde angeführt, dass Schindeldächer auf Alpwirtschaftsgebäuden, Ställen und landwirtschaftlichen Wohnhäusern zur Baukultur im Alpen- und Juraraum des Kantons Bern gehören. Sie sollten erhalten werden, weil sie unsere wertvollen Kulturlandschaften bereichern, einen Beitrag zur Biodiversität leisten und auch für unsere Tourismusdestinationen einen echten Trumpf darstellen.

Die gleichen Argumente sprechen auch für die Erhaltung eines anderen Baukultur-Elements, das viele Landschaften in unserem Kanton prägt: Trockenmauern. Ihre traditionelle Bauweise, ohne Mörtel oder andere Bindemittel, ist seit 2018 von der Unesco als Immaterielles Weltkulturerbe anerkannt. In seiner Stellungnahme zu einem Vorstoss aus dem Grossen Rat hat der Regierungsrat vor zehn Jahren geschrieben: *«Bereits heute kann die Erhaltung und Sanierung von Trockenmauern im Rahmen von Strukturverbesserungen gefördert werden.»* (Motion 245-2011). In der geltenden Kulturpflegestrategie hat der Regierungsrat festgehalten, dass der Erhalt u. a. von Trockenmauern *«einen wichtigen Beitrag zu einem attraktiven Lebensraum und zur Bewahrung einer vielfältigen und identitätsstiftenden Kulturlandschaft»* leistet.

Werden Trockenmauern im Rahmen von Strukturverbesserungen gefördert, lassen sich dafür auch namhafte Bundesbeiträge abrufen. Verschiedene Kantone machen von dieser Möglichkeit Gebrauch und unterstützen die Erneuerung von Weide- und Stützmauern in Trockenmauer-Bauweise systematisch.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Erneuerung von landschaftsprägenden Trockenmauern im Rahmen von landwirtschaftlichen Strukturverbesserungsmassnahmen verstärkt zu fördern?
2. Wird dieses Anliegen in der Strategie, die die geltende «Strategie Strukturverbesserungen 2020» ablösen soll, berücksichtigt?
3. Welche besonders interessierten Kreise ausserhalb der Verwaltung wurden oder werden vor dem Beschluss der neuen Strategie konsultiert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP) (Sprecher/in)
Schüpbach (Huttwil, SVP)

Beantwortung: WEU

Härtefall-Programm 2022

Gemäss Medienmitteilungen wurden Unternehmen, die von den Corona Massnahmen besonders betroffen waren, auch in einer zweiten Phase unterstützt. Sie mussten dafür in der Zeit vom Dezember 2021 bis März 2022 einen Verlust ausweisen. Erneut war auch in dieser Zeit vor allem die Gastronomie stark betroffen. Die Motionäre interessieren sich deshalb explizit für die Zahlen aus der Gastronomie.

Fragen:

1. Wie viele Härtefallgesuche aus der Gastronomie gingen in der zweiten Phase ein?
2. Wie viele davon wurden bewilligt?
3. Was waren die hauptsächlichen Gründe für eine Ablehnung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortung: WEU

Unterstützung der Bergbahnen für nachweisliche Aufwände infolge COVID

Nach wie vor hat der Kanton noch keine verbindlichen Aussagen zu möglichen COVID-Unterstützungszahlungen der Bergbahnen gemacht. Der Bund hat hierzu Beiträge in Aussicht gestellt, die aber von den betroffenen und zuständigen Kantonen mitgetragen werden müssen.

- Die Zentralschweizer Kantone wie Luzern haben bereits Gelder an Bahnen ausbezahlt.
- Der Kanton Wallis hat einen Antrag von 60,6 Millionen Franken (33,6 Mio. Fr. vom Kanton und 27 Mio. Fr. vom Bund) eingereicht. Die Rückmeldungen der Behörden/des Staatsrats sind positiv, das Geschäft geht in die Herbstsession.
- Graubünden ist in einer ähnlichen Situation wie der Kanton Bern. Der Kanton bezieht sich auf die gesetzlichen Grundlagen, die (noch) unklar seien.

Die Berner Bergbahnen sprechen sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen mit diesen Kantonen aus und erwarten eine vergleichbare Lösung. Es sollen aber auch nicht analog zum abgeltungsberechtigten Verkehr grossflächig Gelder an die Bergbahnen fliessen, sondern nur finanziell nachweisbare Einbussen aufgrund der Pandemie teilkompensiert werden.

Die Bielersee-Schiffahrtsgesellschaft hat bisher als einzige nicht abgeltungsberechtigte Unternehmung im Jahr 2020 basierend auf Artikel 28 PGB eine Entschädigung erhalten.

Fragen:

1. Wie stellt der Kanton Bern sicher, dass die vom Bund versprochenen Gelder den Bergbahnen zugutekommen und nicht verloren gehen?
2. Ist vorgesehen, dass allenfalls der Kanton für die beim Bund nicht angeforderten Mittel zugunsten der Bergbahnen aufkommen wird?
3. Sind Angaben, und wenn ja welche, seitens der Bergbahnen noch zu liefern, damit der Kanton die notwendigen Gesuche beim Bund deponieren kann?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 28

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)

Beantwortung: WEU

Energiespeicherung mit Betonblöcken

Ende 2019 war dieses Energiespeicherungsprojekt in aller Munde: *«Die Idee scheint trivial, doch man muss darauf kommen: Betonblöcke am Seil per Kran hochziehen, mit erneuerbarer Energie, und dann bei Bedarf wieder herunterlassen, um Strom zu erzeugen. Das Tessiner Startup Energy Vault hat sich diese revolutionäre Weise der Energiespeicherung ausgedacht. Investoren und Kunden aus der ganzen Welt interessieren sich für die Technik.»* (Quelle: Revolutionäre Methode zur Speicherung erneuerbarer Energie - SWI swissinfo.ch)

Man könnte sich den Bau mit Abrissbeton vorstellen.

Fragen:

1. Erlaubt die kantonale Gesetzgebung einen solchen Bau?
2. Ist der Kanton bereit, sich dafür einzusetzen, dass ein solcher Turm im Kanton gebaut wird?
3. Wie beurteilt der Kanton diese Art der Speicherung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 03.09.2022

Eingereicht von: von Bergen (Uetendorf, EVP)

Beantwortung: GSI

Stand der Dinge und Prozedere Revision SHG (Sozialhilfegesetz)

Die Gesetzesrevision des SHG ist in Bearbeitung, erste Konsultationen (Umfragen, Workshops, Interviews mit Fachpersonen) sind schon vorgenommen worden. Es handelt sich offensichtlich um eine wichtige Revision. Auf der politischen Agenda wie z. B. «Geschäftsplanung Grosser Rat» aktueller Stand Herbstsession 2022 ist jedoch kein Hinweis zu finden über den Stand der Dinge.

Deshalb nachfolgend meine Fragen zur zeitlichen Planung und zu den Fristen.

Fragen:

1. In welchem Zeitraum findet die Vernehmlassung statt?
2. Wer wird zur Vernehmlassung eingeladen?
3. Wann ist eine Behandlung im Grossen Rat vorgesehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 04.09.2022

Eingereicht von: Streiff (Oberwangen, EVP)

Beantwortung: GSI

Begleitung vs. Erziehung. Fragen zur Einordnung der Berufsbezeichnung Miterzieherin

In den BERESUB-Richtpositionsumschreibungen des Kantons sind auf Seite 45 vier Varianten der beruflichen Funktionsträger*innen «Miterzieher*in» aufgeführt. In der Praxis finden sich solche Mitarbeitenden ohne sozialpädagogische Ausbildung in vielen Organisationen der institutionellen Kundenbetreuung. Sie ergänzen auf wertvolle Weise die Fachkräfte.

Nun fehlt jedoch in den BERESUB-Richtpositionsumschreibungen die explizite Erwähnung, dass sich dieser Beruf ausschliesslich auf den Kinder-/Jugendbereich bezieht. Nun wurde festgestellt, dass auch im Stellenplan mindestens einer vom Kanton Bern bewilligten und beaufsichtigten Institution für erwachsene Menschen mit schweren Beeinträchtigungen die erwähnte Berufsgattung festgeschrieben und entsprechende Mitarbeitende angestellt sind.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass der Begriff «Erziehung» im Bereich erwachsener Menschen mit Beeinträchtigung fehl am Platz ist?
2. Wenn ja, ist er bereit, die Richtpositionsumschreibung «Miterzieher*in» im BERESUB entsprechend zu präzisieren?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 04.09.2022

Eingereicht von: Josi (Wimmis, SVP) (Sprecher/in)
Stucki (Stettlen, GLP)

Beantwortung: GSI

Auftragsvergabe Temporäre Unterkunft Viererfeld (TUV)

Gemäss Publikation im simap vom 19.08.2022 hat die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) im April 2022 sämtliche Aufträge für die Errichtung der Temporären Unterkunft Viererfeld (TUV) im Umfang von 8,3 Millionen Franken im freihändigen Verfahren vergeben. Dies, obschon die Aufträge aufgrund der im öffentlichen Beschaffungswesen gelten Schwellenwerten öffentlich hätten ausgeschrieben werden müssen. Dem Vernehmen nach beruft sich die GSI einerseits auf die ausserordentliche Lage und die damit zusammenhängende Dringlichkeit sowie auf die aktuelle Auslastung der Unternehmen in der Bauwirtschaft. Besonders störend ist dabei, dass mit den Tiefbauarbeiten eine Firma beauftragt wurde, die keinem GAV untersteht und sich somit nicht an die einschlägigen Bestimmungen wie Lohn, Arbeitszeiten usw. halten muss.

Fragen:

1. Wie begründet der Regierungsrat die Dringlichkeit und die damit verbundene freihändige Auftragsvergabe?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die ohne Konkurrenz vergebenen Aufträge zu marktüblichen Konditionen vergeben wurden?
3. Wieso wurden die Auftragsvergaben erst am 19.08.2022 und ohne Beschwerdemöglichkeit im simap öffentlich publiziert, obschon die Aufträge bereits im April 2022 vergeben wurden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 04.09.2022

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: GSI

Wie kam es zur Wahl einer ungeeigneten Lokalität als Asylunterkunft in Steffisburg?

Am 18. August 2022 wurde bekannt, dass ab dem 1. Januar 2023 in der Liegenschaft «Untere Mühle» bis zu 164 Unterbringungsplätze für ein Asyl- und Integrationszentrum geschaffen werden sollen. Demnach vermietet die Esther-Schüpbach-Stiftung (bzw. Stiftung Solina) dem Verein Asyl Berner Oberland und dem Amt für Integration und Soziales (AIS) per 1. Januar 2023 eine Liegenschaft als Asylunterkunft in Steffisburg. Dafür müssen die bisherigen Angestellten und Bewohnenden bis spätestens Ende November raus. Die örtlichen Behörden der Gemeinde Steffisburg wurden über die Absichten und das Vorgehen erst sehr kurzfristig informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt.

Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat den Standort der Liegenschaft «Untere Mühle», die mitten im Unterdorf in einem Wohn- und Gewerbequartier und zudem an der Durchgangsstrasse liegt, als gut geeignet für eine Asylunterkunft?
2. Was sagt der Regierungsrat zur Kritik, dass das Gebäude in Bezug auf die geplante Maximalauslastung als auch auf den fehlenden Aussenraum für die Unterbringung von bis zu 164 Menschen als nicht geeignet angesehen wird?
3. Warum haben der Regierungsrat bzw. die Verhandlungspartner auf beiden Seiten die Gemeindebehörden nicht vor der Unterzeichnung des Mietvertrags und somit vor Vollendung von Tatsachen um eine Stellungnahme gebeten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Soder (Biel, Grüne)

Beantwortung: GSI

Einbezug beim Ausarbeiten des kantonalen Integrationsprogramms (KIP3)

Aktuell ist es so, dass Bund und Kantone für die Jahre 2022 und 2023 ausnahmsweise eine zweijährige Phase beschlossen haben, um die Integrationsagenda in die kantonalen Integrationsprogramme (KIP2bis) zu überführen. Ab 2024 ist wiederum eine reguläre vierjährige KIP-Phase geplant (KIP3). Bei der Ausarbeitung des KIP3 sollten unbedingt die Integrationskommission, die Ansprechstellen Integration (AI), die regionalen Partner des Asylbereichs sowie die Städte und grösseren Gemeinden miteinbezogen werden. Offenbar wurde dieses Prinzip bei der Vorbereitung des KIP2bis nicht umgesetzt.

Deshalb wirft dieses ungewöhnliche Vorgehen Fragen auf:

1. Fanden gemeinsame Vorbereitungssitzungen mit der Integrationskommission, den Ansprechstellen Integration (AI), den regionalen Partnern des Asylbereichs sowie mit den Städten und grösseren Gemeinden statt?
2. Wie viele gemeinsame, interdisziplinäre Sitzungen haben 2022 stattgefunden?
3. Im Frühling 2023 ist vorgesehen, dass die Kantone dem Staatssekretariat für Migration (SEM) das KIP3 vorschlagen. Ist geplant, dass das KIP3 vorher der Integrationskommission präsentiert wird?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Köpfli (Wohlen b. Bern, GLP)

Beantwortung: GSI

Verkauf der Axsana an die Post: Was heisst das für die Anschubfinanzierung und das Darlehen des Kantons?

Anfang August wurde kommuniziert, dass sich die Post per Ende September 2022 mit 75 Prozent an der Axsana beteiligt – also an der Betriebsgesellschaft für das elektronische Patientendossier, an der auch der Kanton Bern beteiligt ist. Die Post habe mit der Axsana und deren Eigentümern eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.

In der Frühlingssession 2021 hat der Grosse Rat im Rahmen meiner Motion «Wird die Axsana AG zum Millionengrab? Jetzt braucht es Transparenz und Alternativen!» verschiedene Forderungen als Motion überwiesen, u. a. die folgenden:

- Als Miteigentümer der Axsana AG soll der Kanton Bern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass die Finanzsituation der Axsana AG transparent offengelegt wird.
- Beim Bund und bei der Axsana AG ist ein klarer Zeitplan einzufordern, bis wann die 1,29 Millionen Franken (sprich die Hälfte der gesprochenen Anschubfinanzierung) wie vereinbart an den Kanton Bern zurückfliessen, und in der Folge ist mit Nachdruck auf die Einhaltung dieses Zeitplans zu beharren.

In der Wintersession 2021 bestätigte mir der Regierungsrat im Rahmen einer Anfrage betreffend Finanzierung Folgendes: *«Die Aussagen stimmen weiterhin. Der Kanton Bern hat über die Anschubfinanzierung und das erwähnte Darlehen hinaus keine weiteren Beiträge an die Axsana AG geleistet. Auch die Konditionen z. B. betreffend Rückzahlung wurden nicht angepasst.»*

Fragen:

1. Ist die Rückzahlung des Darlehens und der Hälfte der Anschubfinanzierung auch nach dem mehrheitlichen Verkauf der Axsana an die Post gewährleistet?
2. Wann wird die Rückzahlung von Anschubfinanzierung und Darlehen an den Kanton Bern gemäss aktuellem Zeitplan erfolgen?
3. Würde der Kanton Bern nach dem Verkauf auch bei einem späteren Konkurs der Axsana die versprochenen Teile von Anschubfinanzierung und Darlehen von den neuen Besitzern zurückbekommen?

Verteiler

- Grosse Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP) (Sprecher/in)
Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortung: GSI

Wer hat das Viererfeld als temporäre Flüchtlingsunterkunft vorgeschlagen?

Der Anfragesteller dankt für die Antworten zu seiner Anfrage 10 aus der Sommersession. Er war von den Antworten nicht überrascht, sie haben seine Skepsis gegenüber der überstürzten Entscheidung, auf dem Viererfeld eine Containersiedlung zu errichten, verstärkt. Die Regierungsstatthalterin Bern-Mittelland hat die Baubewilligung für die Errichtung der temporären Unterkunft im Viererfeld mit zugehörigen Anlagen für die Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine, befristet auf drei Jahre, am 29. Juli 2022 erteilt. Einer allfälligen Beschwerde gegen den Gesamtbauentscheid hat sie aus wichtigen Gründen die aufschiebende Wirkung entzogen.

Vor diesem Hintergrund möchte der Anfragesteller wissen, wer zu welchem Zeitpunkt welchen Entscheid gefällt hat.

Fragen:

1. Wer wurde beim Kanton Bern vorstellig mit dem Vorschlag, das Viererfeld temporär als Unterkunft für Flüchtende aus der Ukraine zu nutzen?
2. Zu welchem Zeitpunkt wurde die Regierungsstatthalterin in den Prozess miteinbezogen?
3. Stand der Entscheid zur Errichtung der Containersiedlung im Zusammenhang mit der geplanten Erschliessung und Überbauung der betroffenen Parzelle?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 29

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)

Beantwortung: GSI

Eine Quelle für Humus

Es ist möglich, im Einklang mit der Natur eine «ewige Ruhe» zu gewähren, wenn das Leben eines jeden Menschen sein Ende erreicht hat: Weder begraben noch verbrannt, sondern dem biologischen Bodenleben zurückgegeben.

Hier ein Link zu einer Westschweizer Website, die den Prozess erklärt: <https://www.humusation.ch/>.

Diese Lösung vermeidet den Energieverbrauch, der für die Einäscherung erforderlich ist. Sie gewährleistet zudem eine korrekte Verwesung der Leichen, indem sie die Verschmutzung des Friedhofsbodens vermeidet.

Fragen:

1. Welche Möglichkeiten bestehen auf Ebene des Kantons Bern für die Entwicklung einer solchen Lösung?
2. Wie ist die Situation auf der Ebene der kantonalen Gesetzgebung?
3. Wie beurteilt der Kanton die Entwicklung hin zu einer solchen Lösung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 31

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Dunning (Biel, SP)

Beantwortung: GSI

Was unternimmt der Kanton gegen die Teuerung?

In der aktuellen Krise schiessen die Preise für Heizung und Strom ebenso in die Höhe wie für Krankenversicherungen und Lebensmittel. Die Bevölkerung ist stark betroffen und die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keine Einkommenserhöhung zu erwarten. Wird der Regierungsrat angesichts der besonderen Umstände Massnahmen ergreifen, um den steigenden Lebenshaltungskosten entgegenzuwirken?

Fragen:

1. Sieht der Regierungsrat angesichts dieser besonderen Lage Massnahmen vor, um diese Erhöhung der Lebenshaltungskosten bei der Bevölkerung abzufedern?
2. Welche Massnahmen sind insbesondere für Personen in prekären Verhältnissen vorgesehen?
3. Ist eine Anpassung der Sozialhilfe vorgesehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 30

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, Grüne) (Sprecher/in)
Klopfenstein (Corgémont, SVP)
Bühler (Cortébert, SVP)

Beantwortung: DIJ

Die vom Volk genehmigten Windparks im Berner Jura könnten eigentlich gebaut werden!

Die Windparkprojekte in Tramelan und jüngst in Jeanbrenin wurden von der Bevölkerung bestätigt, doch die Arbeiten haben noch immer nicht begonnen. In einer Zeit, in der alle sagen, dass man angesichts der Energiekrise und der Klimakrise jetzt handeln muss, könnte der Kanton Bern mit gutem Beispiel vorangehen und jetzt handeln. Oder?

Fragen:

1. Wird der Kanton Prioritäten setzen, seine ganze Energie in das Windparkprojekt Jeanbrenin investieren und den Baubeginn so schnell wie möglich genehmigen?
2. Ist der Kanton beim Dossier Windpark Tramelan aktiv und wie?
3. Wie schätzt der Kanton den Zeitverlust durch Einsprachen und Rechtsverfahren bei den Windparks im Berner Jura und die dadurch nicht produzierte Elektrizität ein?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 30.08.2022

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) (Sprecher/in)
Ritter (Burgdorf, GLP)

Beantwortung: FIN

Elektronische Zustellung von Lohnabrechnungen für das Kantonspersonal

Der Kanton Bern verschickt die Lohnabrechnungen ans Kantonspersonal wie auch an die Mitglieder des Grossen Rates (und wohl auch des Regierungsrates) auf Papier.

Ein Versand erfolgt immer dann, wenn sich gegenüber dem Vormonat betragsmässig etwas geändert hat. Bei den Mitgliedern des Grossen Rates ist das i. d. R. jeden Monat der Fall. Bei Kantonsangestellten mit 13 Monatslöhnen zumindest in den zwei Monaten, in denen der 13. Monatslohn ausgezahlt wird, und in den jeweiligen Folgemonaten. Diese Praxis ist weniger ressourcenaufwändig, als wenn jeden Monat eine Lohnabrechnung per Post zugestellt würde.

Andere Arbeitgeber gehen heute aber einen Schritt weiter: So verschickt der Bund bspw. keine Lohnabrechnungen auf Papier mehr an Mitarbeitende mit Computerarbeitsplatz. Stattdessen können sie die Lohnabrechnung – wie auch den Lohnausweis – elektronisch von einem Portal herunterladen (auch dann, wenn betragsmässig keine Änderung gegenüber dem Vormonat besteht). Eine solche Lösung benötigt nochmals deutlich weniger Ressourcen als die Lösung des Kantons Bern. Damit die Empfänger:innen auf das Vorhandensein einer neuen Lohnabrechnung aufmerksam werden, können sie per E-Mail avisiert werden.

Fragen:

1. Plant der Regierungsrat, die Zustellung der Lohnabrechnungen künftig elektronisch zu vollziehen?
2. Welcher Anteil des Kantonspersonals hat Zugang zu einem Computerarbeitsplatz?
3. In welcher Form erhält das Personal in den anderen Kantonen seine Lohnabrechnungen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 31.08.2022

Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP)

Beantwortung: FIN

Was bringen Patentbox und F+E-Überabzug konkret

Mit dem Steuergesetz 2021 wurden im Kanton Bern im Rahmen der Umsetzung der STAF-Vorlagen erstmals die neuen Innovationsförderinstrumente der Patentbox und des F+E-Überabzugs eingeführt.

Fragen:

1. Wie viele Unternehmen haben Anträge für die Anwendung der Patentbox eingereicht?
2. Wie viele Unternehmen haben Anträge für den F+E-Überabzug eingereicht?
3. Wie hoch ist die mutmassliche durchschnittliche Steuerentlastung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 04.09.2022

Eingereicht von: Schneider (Biel, SVP)

Beantwortung: FIN

Steuerhölle Bern – Wie lange noch?

Dem Kanton Bern haftet der Ruf als «Steuerhölle» an. Im Tax-Monitor 2022 der Crédit Suisse wird Bern als der Kanton mit der höchsten Steuerbelastung für juristische Personen ausgewiesen. Diese Position hat sich im Vergleich zum Vorjahr sogar noch verschlechtert. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 lag der Kanton noch auf Platz 20. Bei den natürlichen Personen ist die Lage nur marginal besser. Dort liegt Bern im interkantonalen Vergleich auf dem drittletzten Platz. Auch hier hat seit 2013 eine Verschlechterung stattgefunden, als man noch auf Rang 20 lag.

Fragen:

1. Welche kurzfristigen Massnahmen unternimmt der Regierungsrat, damit der Kanton Bern für Unternehmen und natürliche Personen steuerlich wieder attraktiver wird?
2. Welche langfristigen Massnahmen unternimmt der Regierungsrat, damit der Kanton Bern für Unternehmen und natürliche Personen steuerlich wieder attraktiver wird?
3. Welche Strategie verfolgt der Kanton, um die Verwaltung zu verkleinern und deren Effizienz zu erhöhen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortung: FIN

Steuerverwaltung – Bearbeitung frankophoner Dossiers und Kaderstelle

Für 2019 kündigte die Finanzdirektion eine Umstrukturierung in der Steuerverwaltung an, die den Berner Jura besonders betraf. Damals war vorgesehen, dass die Steuerregionen Berner Jura und Seeland zusammengelegt und de facto Kaderstellen im Berner Jura gestrichen würden. Diese Umstellung hat stattgefunden und es gibt heute kein französischsprachiges Kadermitglied mehr (abgesehen von einer Stelle, die sich eine französisch- und eine deutschsprachige Person teilen) für die Region Berner Jura–Seeland, deren Sitz sich nun in Biel befindet.

Unseren Informationen zufolge wurde damals angegeben, dass als Ausgleich die französischsprachigen Dossiers des Seelands im Berner Jura bearbeitet würden, sobald die Reorganisation im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel von Moutier vollzogen sei. Die deutschsprachigen Dossiers aus dem Berner Jura würden im Gegenzug vom deutschsprachigen Team der Region Berner Jura–Seeland der Steuerverwaltung bearbeitet.

Fragen:

1. Wurde die Frage, wo die französischsprachigen Dossiers tatsächlich bearbeitet werden, von der Finanzdirektion formell geregelt?
2. Wenn nein, ist dies im Rahmen des Projekts «Avenir Berne Romande» vorgesehen?
3. Hat die Finanzdirektion einen Aktionsplan ins Auge gefasst, um innerhalb eines angemessenen Zeithorizonts in der Region Berner Jura–Seeland wieder eine französischsprachige Führungskraft zu ernennen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 05.09.2022

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP) (Sprecher/in)
Brönnimann (Mittelhäusern, GLP)
Aebischer (Guggisberg, SVP)

Beantwortung: FIN

Umsetzung Änderung der Funktionsbezeichnungen für Personal im Kanton Bern

Der Fragesteller hat Kenntnis davon, dass aufgrund der Änderung der Funktionsbezeichnungen von vielen Stellen im Kanton Bern nicht nur die Stellenbeschriebe, sondern auch viele Arbeitsverträge geändert bzw. neu abgeschlossen werden mussten. Dies geschah vielfach mittels Änderungskündigung. Der Fragesteller hat Kenntnis, dass dies in der Sicherheitsdirektion so umgesetzt wurde. Er ist erstaunt über dieses aufwändige und bürokratische Vorgehen und stellt sich die Frage, ob man dies nicht einfacher hätte lösen können.

Fragen:

1. Waren nur Stellen in der Sicherheitsdirektion betroffen oder mussten in allen Direktionen neue Arbeitsverträge mit den Mitarbeitenden abgeschlossen werden?
2. Wie viele Arbeitsverträge mussten aufgrund der Änderung der Funktionsbezeichnung neu abgeschlossen werden?
3. Hätte es nicht einen einfacheren und unbürokratischeren Weg gegeben, die Änderungen der Funktionsbezeichnungen umzusetzen, als alle MA neu anstellen zu müssen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion